



Nr. 435 | 27.03.2023

Russland-Analysen

Sanktionen

■ ANALYSE		
Die Wirkung von Krieg und Sanktionen auf Russlands Volkswirtschaft im Jahr 2022		2
Roland Götz (Berlin)		
■ STATISTIK		
Russlands Wirtschaft		7
■ ANALYSE		
Russische wirtschaftliche Anomalie 2022: Ein Blick aus Unternehmensperspektive		11
Andrei Yakovlev (Davis Center der Universität Harvard, Cambridge, MA)		
■ UMFRAGEN		
Wahrnehmung von Sanktionen durch die russische Bevölkerung		16

Die Wirkung von Krieg und Sanktionen auf Russlands Volkswirtschaft im Jahr 2022

Roland Götz (Berlin)

DOI: 10.31205/RA.435.01

Zusammenfassung

Als Folge des Kriegs gegen die Ukraine und der verschärften westlichen Sanktionen wurde Russland für 2022 ein erheblicher Wirtschaftseinbruch vorhergesagt. Dieser ist nicht eingetreten. Da der Energiebereich bis Ende des Jahres von Sanktionen weitgehend ausgenommen blieb, profitierte Russlands Volkswirtschaft das ganze Jahr über von einem erheblichen Zufluss von Deviseneinnahmen. Dies hat einen Kollaps des Finanzsystems verhindert. Die statistischen Daten zeigen, dass die Kriegswirtschaft auf Kosten der zivilen Wirtschaft gestärkt wird.

Nicht eingetroffene Prognosen

Russlands Volkswirtschaft wurde für 2022 als Folge des Kriegs gegen die Ukraine und der verschärften westlichen Sanktionen ein erheblicher Produktionsrückgang vorhergesagt. Die Bandbreite der Prognosen reichte von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 8 Prozent (die von der Zentralbank Russlands publizierte Konsens-Prognose von 18 russischen Wirtschaftsexperten), über 10 Prozent (Bank of Finland Institute for Emerging Economies, BOFIT) und 11 Prozent (Weltbank) bis zu 15 – 20 Prozent (Polish Economic Institute). Man hatte eine »klassische« Rezession folgender Art erwartet: Ein starker Rückgang des Exports verursacht eine Abwertung der Währung, einen Ansturm der Bevölkerung auf die Banken (»bank run«) und eine daraus resultierende Krise des Bankensystems. Die Kreditvergabe an Unternehmen wird blockiert, diese kürzen die Produktion oder stellen den Betrieb ein mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit, eines defizitärer Staatshaushalts und zunehmender Inflation. Anzeichen einer aufziehenden schweren Wirtschaftskrise waren im Frühjahr und Sommer 2022 tatsächlich zu verzeichnen gewesen und schienen diese Prognosen zu bestätigen. Doch im Herbst 2022 mussten sie korrigiert werden.

Russlands Wirtschaft 2022

Die Lage der russischen Wirtschaft wird im Folgenden auf Grundlage der Publikationen des Statistischen Amtes Russlands (Rosstat), der Zentralbank (Bank Rossii, Bank of Russia) und des Finanzministeriums der Russischen Föderation (Minfin) sowie darauf aufbauenden Veröffentlichungen dargestellt, die trotz mancher Einschränkungen umfassendere Aussagen erlauben als anekdotische Berichte. Gebietsstand Russlands ist die Russische Föderation einschließlich der 2014 annektierten Krim-Halbinsel.

2022 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Russlands gegenüber 2021 real (inflationsbereinigt) um 2,1 Pro-

zent zurückgegangen und damit weit weniger, als vorhergesagt worden war. Obwohl das föderale Budget ein Defizit von 2,2 Prozent des BIP aufwies, kam es nicht zu einem Absturz des Rubelkurses: Die russische Währung hat – nachdem sie im März 2022 einen kurzzeitigen Höchststand verzeichnete – gegenüber 2022 im Jahresdurchschnitt sogar etwas aufgewertet. Die Arbeitslosigkeit war 2022 geringer als 2021. Nur die Inflation trübte dieses Bild: Die Konsumgüterpreise stiegen im Jahresvergleich um 14 Prozent an – doppelt so hoch wie 2021 (Tabelle 2 in der Rubrik Statistik: Russlands Wirtschaft). Nach den bis Mitte März 2023 vorliegenden statistischen Angaben, die stets noch revidiert werden, kann kein Zweifel daran bestehen, dass Russlands Volkswirtschaft sich 2022 gegenüber den Sanktionen als ziemlich robust erwiesen hat.

Daraus, dass sich die Prognosen eines starken Wirtschaftseinbruchs für 2022 nicht eintrafen kann aber nicht geschlossen werden, dass die Wirtschaftssanktionen nicht gewirkt haben. Denn für 2022 war von Russlands Behörden ein Zuwachs des BIP um rund drei Prozent erwartet worden. Der tatsächliche Rückgang um rund zwei Prozent bedeutet somit einen BIP-Verlust im Umfang von rund fünf Prozent, der auf die Sanktionen zurückgeführt werden kann. Denn sonst ist schwer erklärbar, warum Russlands Wirtschaft in einem Jahr kein Wachstum aufwies, in dem das weltwirtschaftliche BIP um 3,4 Prozent und der Preisindex für Energierohstoffe – die hauptsächlichlichen Exportgüter Russlands – um 59 Prozent angestiegen waren (Grafik 1 und Tabelle 1 in der Rubrik Statistik: Russlands Wirtschaft).

Für die Widerstandsfähigkeit Russlands gegenüber den Sanktionen gibt es mehrere Erklärungen: Fehlende Importe konnten vorübergehend aus Lagerbeständen ersetzt werden; bei Konsumgütern orientierte sich die Bevölkerung notgedrungen auf Erzeugnisse aus heimischer Produktion um, worauf die Unternehmen der Konsumgüterindustrie ihre Produktionskapazitäten

erweiterten, was wiederum die Produktion der Investitionsgüterindustrien anregte. Die Produktion der Rüstungsindustrie wurde durch Staatsaufträge angekurbelt. Bei der Stabilisierung der Finanzlage half die Zentralbank: Nach Kriegsbeginn stoppte sie für einige Wochen (mit Ausnahmen für Geschäftsreisen) den Umtausch von Rubel in ausländische Währungen und verhinderte damit einen Bankenansturm der Bevölkerung. Für Kredite an Banken hob sie den Leitzinssatz (key rate) vom 26. Februar 2022 bis zum 12. April auf 20 Prozent an, was die Nachfrage nach Devisen einschränkte. Unternehmen mussten zunächst 80 Prozent und ab Ende Mai 50 Prozent ihrer Devisenerlöse in Rubel umtauschen. Durch diese Maßnahmen wurde eine Abwertung des Rubels zumindest für 2022 verhindert. Auch konnte Russland sich dem Druck der von der EU, den USA und weiteren Ländern 2022 verschärften Sanktionen teilweise entziehen, indem es die Wirtschaftsbeziehungen nicht nur mit seinen kaukasischen und zentralasiatischen Nachbarstaaten, sondern auch mit China, Indien, der Türkei, Singapur und den Vereinigten Arabischen Emiraten ausweitete und damit sowohl neue Absatzmöglichkeiten für seine Exportgüter als auch Ersatz für ausfallende Importe fand. Auch haben sich längst nicht alle Unternehmen aus den Sanktionen verhängenden Ländern aus Russland zurückgezogen.

Nur schwache Sanktionierung der Energieexporte

Russlands Sanktionsresilienz lag vor allem daran, dass Russland 2022 Erdöl, Erdölzeugnisse und Kohle in gleicher Menge wie 2021 exportieren konnte und dabei noch vom weltweiten Preisanstieg dieser und anderer Rohstoffe profitierte. Denn während manche Länder Russlands Energieexporte rascher sanktionierten, vollzogen die EU-Mitglieder diesen Schritt nur partiell und verzögert, weil man Versorgungsengpässe und Preisanstiege befürchtete. Die USA dagegen verboten bereits im März 2022 die Einfuhr von Kohle, Erdöl, Erdölprodukten und Flüssiggas aus Russland. Australien, Kanada und das Vereinigte Königreich beendeten Mitte 2022 ihre Importe von Erdöl und Erdölprodukten aus Russland. Seit 10.08.2022 gilt immerhin ein Kohleembargo der EU.

Ein Ölembargo der EU, das EU-Ländern den Import aus Russland untersagt, wurde im Juni 2022 innerhalb des 6. Sanktionspakets beschlossen. Es gilt ab 5.12.2022 für per Schiff transportiertes Rohöl und ab 5.02.2023 für Ölzeugnisse. Bulgarien hat für die Versorgung seiner Raffinerie in Burgas eine bis 2024 befristete Ausnahmegenehmigung durchgesetzt. Deutschland und Polen stoppten zwar Ende 2022 den Rohölimport über den nördlichen Arm der aus Russland kommenden Druschba-Pipeline, doch werden Tschechien, die Slo-

wakei und Ungarn weiter über deren südlichen Arm mit einer Mischung von russischem und kasachischem Öl beliefert. Außerdem wird in Indien, das Europa als Hauptabsatzmarkt von russischem Erdöl abgelöst hat, Rohöl weiterverarbeitet und in der Form von Erdölzeugnissen wieder in die EU verschifft.

Alle G7-Staaten und Australien haben eine Ölpreisobergrenze verfügt, die seit 5.12.2022 für Erdöl und seit 5.2.2023 für Erdölzeugnisse aus Russland gilt. Reedereien, Versicherungsunternehmen und andere Dienstleister für den Öltransport müssen die Einhaltung dieses »Preisdeckels« in ihren Verträgen nachweisen, was jedoch keiner Prüfung unterliegt. Als Preisgrenzen wurden zunächst 60 US-Dollar je Barrel für Rohöl, 45 US-Dollar je Barrel für weniger hochwertige Erdölprodukte und 100 US-Dollar je Barrel für hochwertige Erdölprodukte festgelegt. Allerdings wollen sich Länder wie China und Indien weder an das Ölembargo noch an die Preisgrenzen für Rohöl und Ölprodukte halten und nutzen dafür auch eine »Schattenflotte« von Tankern unbekannter Reedereien und mit ungeklärtem Versicherungsschutz.

Anscheinend war im Dezember 2022 eine regionale Fragmentierung des Preises für Russlands Rohöl zu beobachten: Schifflieferungen von Ostsee- und Schwarzmeerbahnen nach Indien erfolgten zu 58 US-Dollar je Barrel und damit unterhalb der Ölpreisgrenze (was allerdings von Sergey Vakulenko bestritten wird). Dagegen orientierte sich der Preis für per Pipeline aus Ostsibirien nach China sowie von Russlands Pazifikhäfen per Tanker nach China und Indien transportierten Öls mit 81 – 84 US-Dollar je Barrel am höheren Weltmarktpreis der Referenzsorte »Brent«.

Die EU hat weder ein Gasembargo noch eine Preisobergrenze für aus Russland geliefertes Gas verordnet. Aus Russland werden über die Ukraine via Pipeline Österreich, Ungarn und Italien sowie mit LNG-Tankern Belgien, Niederlande, Frankreich und Spanien beliefert. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien und Deutschland wurden von Russland unter Vorwänden nicht mehr beliefert und/oder haben von sich aus auf Gasimporte aus Russland verzichtet. Während Anfang 2022 rund ein Drittel des EU-Gasimports aus Russland kam, waren es Ende 2022 nur noch rund 10 Prozent.

Erzeugung des Bruttoinlandsprodukts

Ausgangspunkt für die Berechnung der volkswirtschaftlichen Produktion ist die Bruttowertschöpfung (BWS) (Tabelle 3 in der Rubrik Statistik: Russlands Wirtschaft). Sie war 2022 gegenüber 2021 um 1,3 Prozent zurückgegangen. Unter den 12 größten Wirtschaftsbereichen, die 90 Prozent der BWS repräsentieren, wiesen sieben positive Wachstumsraten auf. Darunter war der Bereich »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversiche-

« mit 4,1 Prozent Zuwachs, der von erhöhten Ausgaben für Militär und Sicherheitsdienste profitierte sowie der Bergbau mit 0,4 Prozent, weil dessen Unternehmen durch die hohen Rohstoffpreise zur vollen Nutzung ihrer Förderkapazitäten angeregt wurden. Unter den Bereichen mit sinkender BWS stach der Handel mit einem Rückgang um 12,7 Prozent hervor, was vor allem daran lag, dass der Kfz-Handel um 45 Prozent zurückgegangen ist, weil sich die meisten ausländischen Automobilfirmen aus Russland zurückgezogen hatten. Im größten Wirtschaftsbereich, der verarbeitenden Industrie, ging die Produktion 2022 gegenüber 2021 um 2,4 Prozent zurück.

Innerhalb dieser Wirtschaftsbereiche hatten die einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedliche Veränderungsraten: Zu den Wirtschaftszweigen der verarbeitenden Industrie mit zunehmender Produktion gehörte die »Herstellung von Metallerezeugnissen außer Maschinen und Ausrüstungen« (um 6,0 Prozent) und die »Herstellung von sonstigen Maschinen und Ausrüstungen« (um 1,3 Prozent), wozu in beiden Fällen auch die Produktion von Munition und Waffensystemen zählt. Militärisch wichtige Güter werden aber auch in einer Vielzahl von weiteren Wirtschaftszweigen der verarbeitenden Industrie hergestellt, wie z. B. in der Textilindustrie, wo die Produktion von Uniformen (genannt »Spezialkleidung«), um 63 Prozent anstieg.

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die BIP-Verwendungsrechnung für 2022 zeigt, dass sich Kriegsfolgen und Sanktionen zumindest in gewissem Umfang auf die Wirtschaft Russlands ausgewirkt haben (Tabelle 4 in der Rubrik Statistik: Wirtschaft): Nur der Staatssektor (mit 2,8 Prozent) und die Anlageinvestitionen (mit 5,2 Prozent) wiesen ein reales (inflationbereinigtes) Wachstum auf. In beiden Fällen dürften Rüstungsaufträge dafür verantwortlich sein, denn im Staatskonsum sind neben dem Unterhalt des Staatsapparats auch Personalaufwendungen und laufende Sachausgaben für militärische Zwecke enthalten und in den Anlageinvestitionen sind außer Investitionskosten der Unternehmen für die Produktion von zivilen Gütern – nach internationaler Konvention – auch die Anschaffungskosten für Waffensysteme (mit einer geplanten Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr, also Panzer, Militärfahrzeuge, Geschütze, Flugzeuge, Schiffe usw.) verbucht.

In der im Februar 2023 von Rosstat publizierten Verwendungsrechnung des BIP fehlen für 2022 die Angaben für Importe und Exporte sowie deren Veränderungsraten. Ergänzende Informationen zur Außenwirtschaft lassen sich jedoch aus der Zentralbankstatistik entnehmen, von der bis März 2023 allerdings nur eine Kurzfassung veröffentlicht wurde (Tabelle 5 in der Rubrik

Statistik: Wirtschaft): Während die Exporterlöse Russlands 2022 diejenigen von 2021 um 14 Prozent (78 Mrd. US-Dollar) überstiegen, lag der Wert der Importe um 9 Prozent (34 Mrd. US-Dollar) niedriger. Daraus resultierte ein im Vergleich zum Vorjahr um 66 Prozent (112 Mrd. US-Dollar) höherer Saldo der Handels- und Dienstleistungsbilanz (des Außenbeitrags zum BIP). Diese Kombination von geringeren Importen bei gleichzeitig angestiegenen Exporten und der damit verbundene Zufluss von Devisen verhinderten in erster Linie, dass Russlands Volkswirtschaft 2022 eine ausgeprägte Wirtschaftskrise durchmachte.

Staatshaushalt und Rüstungsausgaben

Das föderale Budget wird vom Finanzministerium veröffentlicht (Tabelle 6 in der Rubrik Statistik: Wirtschaft). Da 2022 die Ausgaben um rund 12 Prozent höher als die Einnahmen waren, betrug das Budgetdefizit 2,2 des BIP aus, während 2021 noch ein Überschuss erzielt worden war. Während 2021 sowohl die Verschuldung der Föderation im Inland wie im Ausland zurückgeführt werden konnte, stand 2022 einer Verringerung der Auslandsverschuldung eine deutlich gestiegene innere Verschuldung gegenüber.

Die Ausgaben des föderalen Budgets überstiegen 2022 den in der Verwendungsrechnung des BIP ausgewiesenen Staatskonsum um 15 Prozent, während diese Relation 2021 noch 6 Prozent betragen hatte. Das dürfte daran liegen, dass die Staatsausgaben im Unterschied zum Staatskonsum Investitionen einschließen, wozu die im Vergleich zum Vorjahr angestiegene Indienststellung von Waffensystemen und militärischen Bauten gehört.

Seit Anfang 2022 enthält die vom Finanzministerium publizierte Statistik der Budgeterfüllung keine Aufschlüsselung nach einzelnen Ausgabenposten mehr. Eine solche enthält jedoch die vom Finanzministerium im Oktober 2022 publizierten Budgetplanung (dort S. 71). Für das Jahr 2022 waren im konsolidierten (gesamtstaatlichen) Budget für Verteidigung 4.680 Mrd. Rubel (ein Anteil von 3,2 Prozent des BIP) und für Sicherheit und Justiz 2.971 Mrd. Rubel (2,0 Prozent des BIP) veranschlagt. Für 2023 waren für Verteidigung eine Steigerung auf 4.983 Mrd. Rubel (3,3 Prozent des BIP) und für Sicherheit und Justiz auf sogar 4.609 Mrd. Rubel (3,1 Prozent des BIP) geplant. Da militärisch relevante Ausgaben auch in weiteren Positionen des Budgets enthalten sind, lässt sich aus diesen beiden Positionen der Budgetstatistik nicht auf den vollen Umfang der Rüstungsausgaben schließen. Auch können Russlands Rüstungsausgaben nicht einfach durch Umrechnung zu Wechselkursen mit denjenigen westlicher Länder verglichen werden, weil die Kaufkraft des Rubels je nach Ausgabenkategorie in verschiedenem Umfang höher ist als es Wechselkurse angeben. Stattdessen soll-

ten nach Peter Robertson »militärische Kaufkraftparitäten« angewandt werden. Werden diese benutzt, ergibt sich daraus, dass die Rüstungsausgaben Russlands mit über 200 Mrd. US-Dollar rund dreimal so hoch sind, wie wenn sie mit Wechselkursen berechnet würden.

Soziale Lage

Russlands Statistikbehörde ermittelt »real verfügbare Einkommen« als die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter, Unternehmergewinne und monetären sozialen Leistungen nach Abzug von Steuern und Abgaben unter Berücksichtigung der Inflation. Diese Summe war 2022 trotz des BIP-Rückgangs um zwei Prozent nur ein Prozent geringer als 2021 gewesen, wofür kriegsbedingte Sonderzahlungen an Beschäftigte im Staatsapparat und Militär verantwortlich gewesen sein dürften. Für 2022 verzeichnet die amtliche Statistik einen Rückgang der Konsumausgaben der Bevölkerung um rund zwei Prozent (Tabelle 4 in der Rubrik Statistik: Russlands Wirtschaft), was an mangelndem Konsumgüterangebot wegen fehlender Importwaren und dem Rückzug von westlichen Handelsketten aus Russland gelegen haben dürfte. Dazu passt, dass die Bruttowertschöpfung des Einzelhandels um 6,8 Prozent zurückging.

Die von der Statistik gemeldete Arbeitslosigkeit ist trotz des Produktionsrückgangs im Jahresdurchschnitt von 4,4 Prozent auf 3,7 Prozent gesunken, was vermutlich mit der Teilmobilisierung sowie der Flucht von Hunderttausenden Arbeitskräften ins Ausland zusammenhängt. Das niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit liegt auch an einer nicht registrierten »versteckten« Arbeitslosigkeit, wenn Fabriken stillstehen, die Belegschaften aber als beschäftigt gelten, obwohl sie nur geringfügig oder gar nicht entlohnt werden.

Sanktionen gegen Russlands Militär

Die Sanktionen gegen Importe Russlands zielten vor allem auf militärisch relevante Güter einschließlich solche mit sowohl ziviler als auch militärischer Nutzung (dual-use-Güter). Sie waren durchaus wirksam: Importe aus Ländern wie Iran und China, die sich an Sanktionen gegen Russland nicht beteiligten, konnten zumindest vorübergehend die ausfallenden Lieferungen nicht voll ersetzen.

Unter anderem musste die Produktion bestimmter Militärfahrzeuge im Kamaz-Werk (Kamski awtomobilny sawod) eingestellt werden, weil die aus Deutschland bezogenen Bosch-Einspritzdüsen nicht mehr verfügbar waren. Für die T-72-Kampfpanzer fehlten in Frankreich hergestellte Wärmebildkameras und aus Japan stammende optische Erzeugnisse, für die Produktion von Luftabwehrwaffen die in Deutschland hergestellte Elektronik. Die Produktion von Marschflugkörpern wurde dadurch behindert, dass taiwanesi-

sche, niederländische, US-amerikanische und Schweizer Komponenten nicht mehr verfügbar waren. Für Russlands modernste satellitengesteuerte Tornado-Raketen fehlten Kreiselinstrumente (Gyroskope) aus US-amerikanischer Produktion. Freilich muss damit gerechnet werden, dass diese Komponenten durch Eigenproduktion, wenn auch mit möglicherweise geringerer Qualität, ersetzt und/oder durch Umgehung der Sanktionen über Drittstaaten importiert werden können. Sogar die Lieferung von eigentlich verbotenen militärischen oder dual-use-Gütern findet nach wie vor statt.

Obwohl das Ausmaß (economic impact) der 2022 gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen historisch ohne Beispiel war, blieb ihr politischer Erfolg (political success) bisher aus. Dass sie Russland zur Beendigung seines Angriffskriegs auf die Ukraine bewegen könnten, war ohnehin nicht zu erwarten gewesen, wie eine statistische Auswertung von seit 1950 verhängten Sanktionen und deren Wirkungen zeigt.

Ausblick

Ähnlich wie im Frühjahr 2022 gehen die im Frühjahr 2023 veröffentlichten Prognosen weit auseinander. Die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) sieht in ihrem Ausblick vom Februar für 2023 einen weiteren Rückgang des BIP Russlands um drei Prozent voraus und erwartet erst für 2024 ein schwaches Wirtschaftswachstum um ein Prozent. Die von der Zentralbank Russlands im Februar 2023 publizierten »Expertenschätzungen« bewegten sich im Bereich von -6,5 bis +0,4 Prozent mit einem Medianwert von -2,5 Prozent.

Das Russlandteam des BOFIT-Instituts der Bank of Finland erwartet für 2023 einen weiteren Rückgang des BIP Russlands um zwei Prozent, der vor allem durch eine Verminderung des Nettoexports hervorgerufen werden wird.

Der Internationale Währungsfond (IWF) rechnete Ende Januar 2023 mit einem Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent und für 2024 mit 2,1 Prozent.

Die Redakteure der Wirtschaftszeitschrift »Expert« Tatjana Gurowa und Petr Skorobogaty halten es dagegen für möglich, dass Russlands Wirtschaftsleistung ab 2023 für mehrere Jahre jährlich um 7 – 10 Prozent zunehmen wird. Größter Wachstumstreiber wird ihrer Meinung nach mit 3,5 Prozent der Ersatz von Importen durch heimische Produktion, dann folgen mit 1,5 – 2 Prozent die Steigerung der Produktion der Militärindustrie, mit 1 – 1,5 Prozent eine Verbesserung der Lebensverhältnisse u. a. durch ein Wohnungsbauprogramm, und mit jeweils 0,5 – 1 Prozent Infrastrukturinvestitionen für einen »Weg nach Osten« Richtung China sowie die Produktionszunahme in den vier von Russland zusätzlich zur Krim teilweise okkupierten und bean-

spruchten ukrainischen Regionen (Oblaste) Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson. Die Autoren setzen dabei frei voraus, dass der Staat diese Umorientierung der Wirtschaft großzügig subventionieren kann und ignorieren die Möglichkeit eines Falls der Rohstoffpreise mit den dann eintretenden negativen Auswirkungen auf die Einnahmen der Rohstoffe exportierender Unternehmen und des Staats.

Wahrscheinlich wird jedoch der voraussichtlich fort-dauernde Krieg gegen die Ukraine eine Erhöhung des

staatlichen Verbrauchs und der staatlichen Investitionen (einschließlich der Waffenproduktion) mit sich bringen, während der private Konsum abnehmen wird. Auch der Spielraum der Investitionen für zivile Zwecke wird geringer werden. Russlands Volkswirtschaft wird sich so zunehmend in eine Kriegswirtschaft verwandeln, die zwar nicht kollabieren, aber langfristig von Stagnation geprägt sein wird.

Über den Autor

Dr. *Roland Götz* hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und den Volkswirtschaften der GUS beschäftigt.

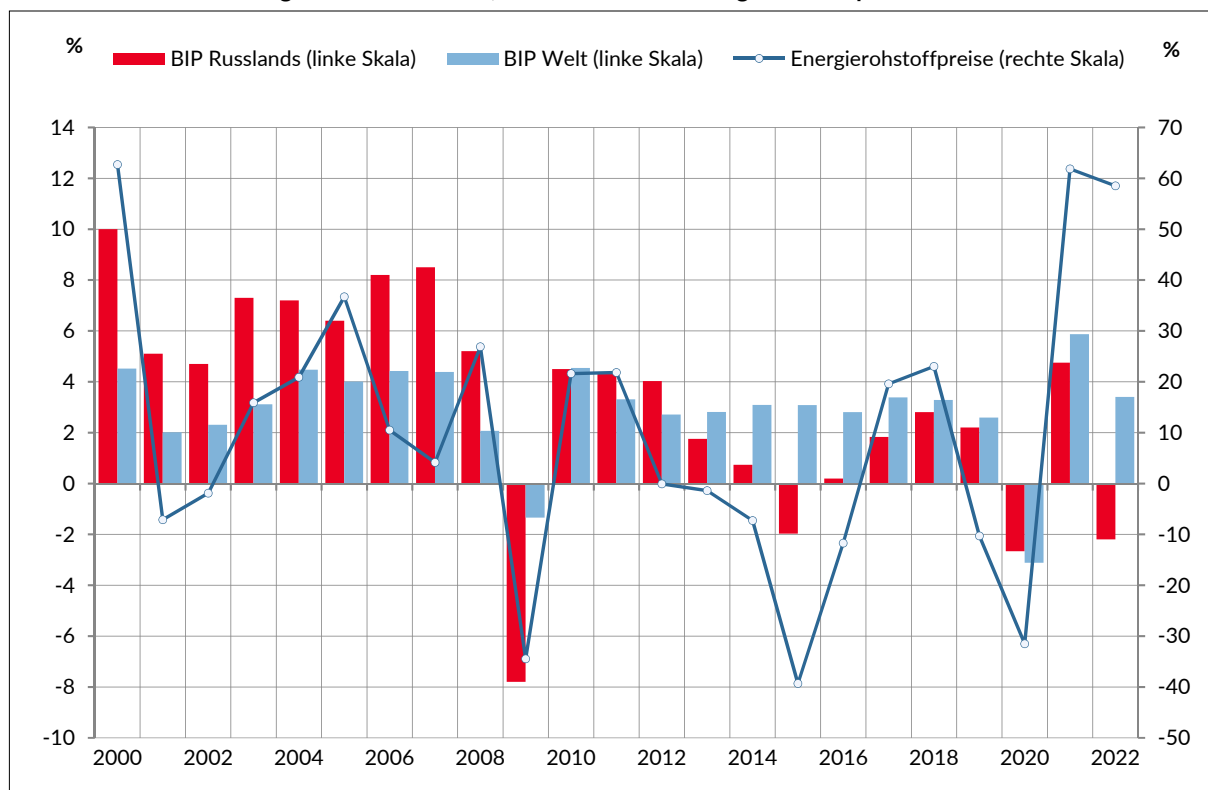
Lesetipps

- Babina, T. et al.: Assessing the Impact of International Sanctions on Russian Oil Exports, 1.03.2023, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4366337.
- BOFIT Russia Team, BOFIT Forecast for Russia 2023–2024, 13.03.2023, <https://publications.bof.fi/bitstream/handle/10024/52682/bru0123.pdf>.
- Free Russia Foundation: Effectiveness of U.S. Sanctions Targeting Russian Companies and Individuals. Washington D.C. 2023, <https://www.4freerussia.org/wp-content/uploads/sites/3/2023/01/frf-sanctions-web.pdf>.
- Itskhoki, O.: Crisis in Abundance: Why Did the Russian Economy Fail to Collapse and is There a Crisis On The Horizon? RE.RUSSIA, 26.01.2023, <https://re-russia.net/en/expertise/051/>.
- Morgan, T., C. Syropoulos, Y. Yotov: Economic Sanctions. Evolution, Consequences, and Challenges, in: Journal of Economic Perspectives, vol. 37, No 1, Winter 2023, S. 3–30, <https://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/jep.37.1.3>.
- Oxenstierna, S., E. Wannheden: The Russian economy and military expenditure in light of the war in Ukraine and economic sanctions. Stockholm 2022, https://www.researchgate.net/publication/366067225_The_Russian_economy_and_military_expenditure_in_light_of_the_war_in_Ukraine_and_economic_sanctions#.
- Rącz, A., O. Spillner, G. Wolff: Russia's War Economy. How Sanctions Reduce Military Capacity, in: DGAP Policy Brief 3/2023, 14.02.2023, <https://dgap.org/en/research/publications/russias-war-economy>.
- Snegovaya, M. et al.: Russia Sanctions at One Year. Learning from the cases of South Africa and Iran, Februar 2023, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-02/230223_Snegovaya_Russia_Sanctions.pdf.
- Wiśniewska, I: Russian economy in 2022. Adaptation and a growing budget gap. OSW, 16.02.2023, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2023-02-16/russian-economy-2022-adaptation-and-a-growing-budget-gap>.

STATISTIK

Russlands Wirtschaft

Grafik 1: Veränderung des BIP Russlands, der Welt und der Energierohstoffpreise



Anmerkung: Die Veränderung der Energierohstoffpreise ist aus dem von der Weltbank publizierten commodity-markets-Index (zu USD von 2010) der Weltmarktpreise für Kohle, Erdöl und Erdgas berechnet.

Quellen: <https://rosstat.gov.ru/compendium/document/50802>, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, <https://www.weforum.org/agenda/2023/02/imf-raises-growth-forecasts-for-2023-and-other-economy-stories-3-february/>, <https://www.worldbank.org/en/research/commodity-markets>.

Tabelle 1: Veränderung des BIP Russlands, der Welt und der Energierohstoffpreise

Veränderungen (%)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP Russlands (linke Skala)	10,0	5,1	4,7	7,3	7,2	6,4	8,2	8,5	5,2	-7,8	4,5	4,3	4,0	1,8
BIP Welt (linke Skala)	4,5	2,0	2,3	3,1	4,5	4,0	4,4	4,4	2,1	-1,3	4,5	3,3	2,7	2,8
Energierohstoffpreise (rechte Skala)	63	-7	-2	16	21	37	11	4	27	-34	22	22	0	-1

Veränderungen (%)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BIP Russlands (linke Skala)	0,7	-2,0	0,2	1,8	2,8	2,2	-2,7	4,7	-2,2
BIP Welt (linke Skala)	3,1	3,1	2,8	3,4	3,3	2,6	-3,1	5,9	3,4
Energierohstoffpreise (rechte Skala)	-7	-39	-12	20	23	-10	-32	62	59

Anmerkung: Die Veränderung der Energierohstoffpreise ist aus dem von der Weltbank publizierten commodity-markets-Index (zu USD von 2010) der Weltmarktpreise für Kohle, Erdöl und Erdgas berechnet.

Quellen: <https://rosstat.gov.ru/compendium/document/50802>, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, <https://www.weforum.org/agenda/2023/02/imf-raises-growth-forecasts-for-2023-and-other-economy-stories-3-february/>, <https://www.worldbank.org/en/research/commodity-markets>.

Tabelle 2: Wirtschaftsdaten Russland 2018 – 2022

	2018	2019	2020	2021	2022	Trend
BIP (Mrd. RUB)	103.862	109.608	107.658	135.295	151.456	
Reale Veränderung des BIP (%)	2,8	2,2	-2,7	5,6	-2,1	
Arbeitslosenquote (%)	4,8	4,6	5,8	4,8	3,9	
Veränderung der Konsumgüterpreise (%)	2,9	4,5	3,4	6,7	13,8	
Saldo des föderalen Budgets (Mrd. RUB)	2.741	1.974	-4.102	524	-3.306	
Anteil des Budgetsaldos am BIP (%)	2,6	1,8	-3,8	0,4	-2,2	
Wechselkurs (RUB pro USD)	62,9	64,6	72,3	73,7	67,5	
Weltwirtschaftliches Wachstum (%)	3,3	2,6	-3,1	5,9	3,4	
Energie- und Rohstoffpreise:						
Sorte »Brent« (USD pro Barrel)	71,3	64,3	42,0	70,9	100,9	
Sorte »Urals« (USD pro Barrel)	69,8	63,7	41,6	68,8	76,1	
Rohstoffe (All primary commodities) (2016 = 100)	127,7	117,0	105,8	161,2	215,2	
Russlands Erdöl:						
Förderung (Mio. t)	567,9	573,4	524,4	536,4	534,0	
Export (Mio. t)	260,6	269,2	239,2	231,6	242,0	

Quellen: Rosstat, <https://rosstat.gov.ru/compendium/document/50802>; bp, <https://www.bp.com/en/global/corporate/energy-economics/statistical-review-of-world-energy/downloads.html>; BOFIT, <https://www.bofit.fi/en/monitoring/statistics/russia-statistics/>; Bank of Russia, https://www.cbr.ru/eng/statistics/macro_itm/svs/; EEG, http://www.eeg.ru/downloads/obzor/rus/pdf/2023_02.pdf; Minfin, <https://minfin.gov.ru/ru/statistics/fedbud/execute/>; World Bank, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; IMF, <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2023/01/31/world-economic-outlook-update-january-2023>; IMF, <https://www.imf.org/en/Research/commodity-prices>.

Tabelle 3: Bruttowertschöpfung (BWS) 2022

	Mrd. RUB	Reale Veränderung		Anteile an der BWS	
		%		%	
Bruttowertschöpfung (BWS) insgesamt, darunter:	140.134	-1,3	<	100	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5.973	6,6	➡	4,3	
Baugewerbe	7.219	5,0	➡	5,2	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	9.925	4,1	➡	7,1	
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6.651	2,8	➡	4,7	
Grundstücks- und Wohnungswesen	15.005	0,4	>	10,7	
Bergbau	19.473	0,4	>	13,9	
Erziehung und Unterricht	4.062	0,1	>	2,9	
Verkehr und Lagerei	8.578	-1,8	<	6,1	
Verarbeitendes Gewerbe	20.943	-2,4	<	14,9	
Gesundheits und Sozialwesen	4.851	-3,2	<	3,5	
Freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	6.056	-5,1	<	4,3	
Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen	17.175	-12,7	<	12,3	

Anmerkung: In der Tabelle sind 12 Wirtschaftsbereiche dargestellt, die zusammen 90 % der BWS ausmachen. Die BWS ist die Differenz zwischen den Produktionswerten zu Herstellungspreisen und den Material- und Personalkosten, ohne Abschreibungen (daher »brutto«). Der Übergang von der Gesamtsumme der BWS zum BIP erfolgt durch Hinzufügung der Gütersteuern und Abzug der Gütersubventionen.

Quelle: Rosstat, <https://rosstat.gov.ru/statistics/accounts#>

Tabelle 4: Verwendung des BIP 2021 und 2022

	2021	2022	2021/20	2022/21	Trend	2021	2022
	Mrd. RUB		Veränderung (%)			Anteile (%)	
Bruttoinlandsprodukt	135.295	151.456	5,6	-2,1		100,0	100,0
Konsum	90.044	100.922	8,0	-0,6		67,3	65,0
Private Haushalte	65.812	72.966	10,0	-1,8		49,2	46,9
Staat	23.446	27.104	2,9	2,8		17,5	17,6
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	786	852	6,8	-4,2		0,6	0,5
Bruttoinvestitionen	31.396	34.428	14,2	-3,2		23,4	22,2
Bruttoanlageinvestitionen	26.623	31.969	9,1	5,2		19,9	20,6
Vorratsveränderung	4.772	2.459				3,5	1,6
Handels- und Dienstleistungsbilanz (Außenbeitrag)	12.489	19.762				9,3	12,8
Exporte	40.445		3,3			30,2	28,0
Importe	27.956		19,1			20,9	15,2
Statistische Differenz	1.366	-3.657				1,0	-2,4

Anmerkungen: Die Veränderungsdaten sind preisbereinigt (»real«). Die statistische Differenz ist bei der Berechnung der Anteile nicht berücksichtigt.

Quelle: Rosstat, <https://rosstat.gov.ru/statistics/accounts#>

Tabelle 5: Zahlungsbilanzen 2021 und 2022

		2021	2022	2022/2021		2022/2021	
		Mrd. USD	Mrd. USD	Veränderung %		Differenz Mrd. USD	
A	Leistungsbilanz (current account)	122	227	86		105	
B	Handels- und Dienstleistungsbilanz (Außenbeitrag)	170	282	66		112	
C	Export	550	628	14		78	
D	Import	380	346	-9		-34	
E	Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	-48	-55	15		-7	
F	Vermögensänderungsbilanz (capital account)	0	2			2	
G	Kapitalbilanz	122	229	88		107	
H	Statistischer Restposten	0	-6			-6	
I	Finanzbilanz (financial account)	122	223	83		101	

Anmerkungen: Es gilt: A=B+E, G=A+F, I=G+H. Die zahlenmäßig unbedeutende Vermögensänderungsbilanz enthält überwiegend nur unentgeltliche Leistungen. Die Kapitalbilanz und die praktisch identische Finanzbilanz sind die wesentlichen Gegenposten zur Leistungsbilanz. Die Veränderungen beziehen sich auf die nominalen Werte, sind also nicht um Preis- und Wechselkursänderungen bereinigt.

Quelle: Bank of Russia, https://www.cbr.ru/eng/statistics/macro_itm/svs/

Tabelle 6: Föderales Budget 2021 und 2022

	2021	2022	Trend	2021	2022	Trend
	Mrd. RUB			Anteile (%)		
Einnahmen, davon:	25.286	27.825		100,0	100,0	
aus Erdöl- und Erdgaswirtschaft	9.057	11.586		35,8	41,6	
andere	16.230	16.239		64,2	58,4	
Ausgaben	24.762	31.131		97,9	111,9	
Saldo (Einnahmen – Ausgaben)	524	-3.306		2,1	-11,9	
Veränderung der Inlandsverschuldung	-485	3.833				
Veränderung der Auslandsverschuldung	-39	-527				

Anmerkung: Die Veränderung bezieht sich auf die nominalen Rubelwerte.

Quelle: Minfin, <https://minfin.gov.ru/ru/statistics/fedbud/execute>.

Russische wirtschaftliche Anomalie 2022: Ein Blick aus Unternehmensperspektive

Andrei Yakovlev (Davis Center der Universität Harvard, Cambridge, MA)

DOI: 10.31205/RA.435.02

Zusammenfassung

In der Analyse werden Gründe für die verhältnismäßig hohe Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft 2022 untersucht. Die grundlegenden Faktoren werden im Verhalten der Unternehmen ausgemacht, die die Folgen des abrupten Abbruchs wirtschaftlicher Beziehungen mit Industrieländern gemildert haben. Gleichzeitig zeigt sich, dass der versperrte Zugang zu Technologien für Unternehmen und der Rückgang der Nachfrage Chancen für wirtschaftliche Entwicklung blockieren.

Einleitung

Die Verhängung umfangreicher internationaler Sanktionen gegen Russland nach Beginn des Krieges gegen die Ukraine wurde von Prognosen begleitet, die einen Zusammenbruch des Finanzsystems und einen Rückgang des russischen BIP um 10 bis 15 Prozent pro Jahr vorhersagten. Die Panik auf dem Devisenmarkt Ende Februar/ Anfang März, die drastische Beschleunigung der Inflation und der Produktionsstopp bei den Automobilfabriken wegen fehlender Bauteile stimmten mit diesen Prognosen überein. Gegen Ende des Frühjahrs begann sich die Lage jedoch zu stabilisieren und die Schätzungen zum Rückgang des BIP schwankten zwischen 2,5 und 3,0 Prozent; die letzte Schätzung der Statistikbehörde »Rosstat« belief sich gar auf lediglich 2,1 Prozent (siehe <https://www.bbc.com/news/business-64708832>). Warum haben die standardmäßigen theoretischen Modelle, von denen bei der Ausarbeitung der internationalen Sanktionen ausgegangen wurde, und aufgrund derer angenommen wurde, dass die Wirtschaft Russlands auf eine tiefgreifende Krise zusteuert, nicht gestimmt?

Ganz allgemein läuft die Antwort darauf hinaus, dass neben makroökonomischen Faktoren, die traditionell bei der Erstellung von Wirtschaftsprognosen berücksichtigt werden, auch verhaltensbasierte Faktoren zu berücksichtigen sind, die sich auf früheren Erfahrungen, Erwartungen und Anreize der wirtschaftlichen Akteure stützen.

Offensichtlich haben 2022 auf die Lage der Wirtschaft in Russland widersprüchliche Folgen eingewirkt, die die Beschränkungen für die russischen Exporte hatten. Während sich das physische Volumen der russischen Exporte bei einigen Positionen verringerte, machten sich auch die merklich gestiegenen Preise für Öl und andere Rohstoffe bemerkbar. Das führte zu gestiegenen Einnahmen des Staatshaushaltes und Gewinnsteigerungen der größten Unternehmen. Dies wiederum stützte die Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Der Importstopp nach

Russland, den viele global agierende Unternehmen verhängten, und auch die Beschränkungen für die Kapitalausfuhr aus Russland (unter anderem durch »persönliche Sanktionen«) förderten eine Stärkung des Rubelkurses. Der Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland bedeutete objektiv eine Verringerung der Konkurrenz in vielen Branchen und eine Einnahmesteigerung bei russischen Firmen, die jetzt die freigewordenen Marktnischen besetzen. Allerdings war die »nicht standardgemäße« Reaktion der russischen Wirtschaft auf externe Schocks – wie schon früher – nicht nur von objektiven Makrofaktoren bestimmt, sondern vielfach auch von den Stimmungen und Erwartungen bei den Firmen.

Diese verhaltensbezogenen Aspekte beim Vorgehen der wirtschaftlichen Akteure lassen sich nicht allein aufgrund statistischer oder finanzieller Daten feststellen, da diese Art Information stets vergangene Zeiträume betreffen und erst mit einer gewissen Verzögerung verfügbar sind. Hierbei sind für eine Analyse qualitative Untersuchungsmethoden vonnöten, die mit Hilfe von Interviews mit Unternehmensleitungen, Branchenverbänden und Expert:innen sowie von branchenbezogenen Fallstudien arbeiten.

Die empirische Basis für diese Arbeit besteht aus 27 Tiefeninterviews darunter eine Reihe von Interviews mit Direktor:innen großer Industrieunternehmen im Frühjahr 2022 sowie mit Leiter:innen von IT-Firmen und Dienstleistungsunternehmen im Herbst 2022. Hinzu kamen Interviews mit Vertreter:innen von Unternehmensverbänden und Branchenexpert:innen im Verlauf des Jahres. Mit sechs Befragten aus dieser Stichprobe wurde im Januar und Februar 2023 ein zweites Interview geführt.

Durch eine Analyse dieser Interviews lassen sich folgende Faktoren für die Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft im Jahr 2022 herausarbeiten:

- Frühere Erfahrungen und der Umstand, dass Unternehmen eine »Bereitschaft für schlechte Zeiten« entwickelt haben

- Das Marktverhalten der meisten Firmen (einschließlich staatlicher Unternehmen)
- Die Kommunikationskanäle der Unternehmen zum Staat sowie die Mechanismen staatlicher Förderung
- Die persönliche, individuelle Wahrnehmung der Sanktionen und des Drucks auf Russland als »berufliche Herausforderung«

Im weiteren Verlauf soll jeder dieser Faktoren genauer betrachtet werden.

Frühere Erfahrungen und eine Einstellung auf schlechte Zeiten

Die vielen wirtschaftlichen Erschütterungen der letzten 15 Jahre (unter anderem die globalen Krisen von 2008/09 und 2020, aber auch die Krise von 2014/15 aufgrund der Sanktionen nach der Annexion der Krim und wegen des Konflikts im Donbass, das Embargo auf Getreideexporte 2010/11 sowie die Handelsblockade mit der Türkei 2015/16) haben bei den russischen Unternehmen für eine besondere psychologische Einstellung gesorgt. Da sie ständig auf plötzlich entstehende Probleme stießen, die nicht durch die eigene Tätigkeit bedingt waren, begannen die Unternehmer, in der ständigen Erwartung »schwarzer Schwäne« (*black swans*) nach Nassim Taleb zu leben. Dadurch haben die »Schwäne«, wenn sie dann tatsächlich landeten, eine weniger desorientierende und demotivierende Wirkung. Es geht hier aber nicht nur um Psychologie. Auf der praktischen Ebene drückte sich die Erwartung, dass es zu negativen Szenarien kommen könnte, in größeren materiellen Reserven aus (auch von Vorräten an Rohstoffen und Bauteilen), sowie durch eine geringere Verschuldung gegenüber Banken und Zulieferern und durch »flexiblere« Verhaltensmuster gegenüber Mitarbeiter:innen.

Diese Faktoren hatten zur Folge, dass die russische Realwirtschaft angesichts der unterbrochenen Lieferketten 2020 eine sehr viel größere Widerstandsfähigkeit zeigte. Die Lehren der Coronapandemie haben den Unternehmern deutlich gemacht, dass diese Ansätze begründet waren. Und dass sie in der Praxis beibehalten wurden, half 2022, die Auswirkungen externer Schocks abzumildern.

Aus Sicht der Standardtheorie der globalen Wertschöpfungsketten können zu große materielle Vorräte als ineffizient gelten. Angesichts der Realitäten in Russland erweist sich jedoch für Unternehmer das Prinzip »Besser vorgesorgt als in die Röhre geschaut« als sicherer. Hier lässt sich folgende Analogie ziehen: Unter normalen Bedingungen die ganze Zeit mit einem Helm herumzulaufen oder gar damit zu schlafen, ist unbequem. Wenn die Erfahrung Sie jedoch gelehrt hat, dass Ihnen wirklich jederzeit ein Ziegel auf den Kopf fallen kann, dann ist es besser, mit Helm zu gehen und zu schlafen. 2022 ist den russischen Firmen wieder einmal ein Ziegel auf

den Kopf gefallen. Durch die entwickelte Angewohnheit, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, haben es die meisten von ihnen geschafft, nur mit einer Delle im Helm davonzukommen.

Dabei muss man sich bewusst machen, dass ein »ständiger Helm« mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. Daher sollte einen nicht verwundern, dass die mittleren Wachstumsraten der russischen Wirtschaft von 2012 bis 2021 rund ein Prozent jährlich betragen. Das war erheblich weniger als in den USA (von China ganz zu schweigen). Das bedeutet, dass ein solches Modell allein auf Überleben ausgerichtet ist, und nicht auf Entwicklung.

Das Marktverhalten der meisten Unternehmen

Aufgrund vielzähliger früherer Studien (die sich oft auf Daten aus den 1990er oder beginnenden 2000er Jahren stützten) hat sich in Expert:innenkreisen und in der Wissenschaft die Vorstellung herausgebildet, dass in der russischen Wirtschaft viele ineffiziente »Rent-Seeking«-Firmen erhalten geblieben sind. Auch die These von einer »Dominanz des Staates in der Wirtschaft« ist weit verbreitet.

Die Realität ist allerdings komplizierter als diese Vorstellungen. In den 30 Jahren seit den Reformen der 1990er Jahre ist die russische Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft geworden. Die Ausweitung der Präsenz des Staates in »strategisch wichtigen Sektoren«, die seit Mitte der 2000er Jahre in unterschiedlicher Form einsetzte, hat ihren marktwirtschaftlichen Charakter nicht verändert. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen ist auf dem Markt tätig und lässt sich von Marktanreizen leiten. Die Krise von 2014/15 (bei der der Staat den Unternehmen keine erhebliche Hilfe geleistet hatte) hat eine Säuberung der Wirtschaft von ineffizienten Firmen angestoßen. Das betraf Branchen, in denen überwiegend private Unternehmen tätig waren. Doch auch das Verhalten von Staatsunternehmen wurde marktwirtschaftlicher, weil die Anforderungen an die Topmanager erhöht wurden und die Regierung die Endergebnisse ihrer Tätigkeit schärfer kontrollierte.

Einer der marktwirtschaftlichen Aspekte im Verhalten russischer Unternehmen ist die veränderte Haltung gegenüber Mitarbeiter:innen, als nämlich angesichts der Pandemie von 2020 viele Unternehmer bestrebt waren, qualifiziertes Personal zu halten. 2022 zählte zu den Anpassungsstrategien von Unternehmen die Lieferkettenoptimierung. Ebenso gab es überaus große Anstrengungen, neue Zulieferer, eine flexible Preispolitik und Investitionen in substituierende Produktionen zu finden. Das Ziel war dabei letztlich sicherzustellen, dass die Produktion nicht stockt, und sei es auf Kosten eines verringerten technologischen Niveaus. Und es war eben

den Anstrengungen der Unternehmen zu verdanken, dass die Wirtschaft insgesamt einen tiefen Einbruch abwenden konnte.

Kommunikation mit dem Staat und Mechanismen staatlicher Förderung

Eine erhebliche Rolle hat 2022 angesichts der stressenden Bedingungen gespielt, dass der Wirtschaftsblock der Regierung in der Lage war, Krisenbewältigungsmaßnahmen wirksam umzusetzen und mit den Unternehmen im Dialog zu bleiben. Seit 2008 ist in dieser Hinsicht zweifellos ein Fortschritt zu verzeichnen. Die für die Wirtschaft zuständigen Ministerien sowie Behörden und die Zentralbank haben aus jeder neuen Krise ihre Lehren gezogen, und ihre Reaktionen waren bei jeder neuen Krise angemessener. Am bezeichnendsten sind hier die Erfahrungen bei der Coronapandemie, als die russische Regierung erstmals eine große Bandbreite staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen auf den Weg brachte (z. B. vergünstigte Kredite und Subventionen zur Beschäftigungssicherung). Nach Einschätzung der Unternehmen wurde die Förderung im Großen und Ganzen nach klaren Kriterien verteilt und war auch für gewöhnliche Firmen zugänglich, die keine »Beziehungen zur Politik« hatten. Und im Frühjahr 2022 dann setzte die Regierung sehr schnell – neben außerordentlichen Maßnahmen der Zentralbank zu Stabilisierung des Devisenmarktes – die Mechanismen staatlicher Förderung ein, die schon 2020 funktionierten und ihre Wirksamkeit zeigten. So startete die Regierung analog zur Pandemiezeit bereits im April 2022 ein Programm für vergünstigte Kredite, das einem breiteren Kreis von Firmen zugänglich ist.

Es ist anzunehmen, dass die erhöhte Wirksamkeit der Fördermechanismen zum Teil auf die Erfahrungen mit den internationalen Sanktionen von 2014 zurückzuführen ist. Die verhängten Sanktionen hatten deutlich gemacht, wo die bisherige Industriepolitik gescheitert war, und zu einem erhöhten Druck des Kreml auf die Bürokratie geführt. Es wurde mehr Kompetenz eingefordert, eine stärkere Ergebniskontrolle vorgenommen und auf der unteren und mittleren Ebene des Staatsapparates mit Strafen gegen Korruption vorgegangen. In diesem Zusammenhang können die vielen Strafverfahren jener Zeit (z. B. wegen der unterschlagenen Milliarden beim Weltraumbahnhof Bajkonur) nicht nur als Indikator für das Ausmaß der Korruption aufgefasst werden, sondern auch als Signal, dass die Risiken für die Bürokrat:innen erhöht wurden. Bezeichnend ist, dass gerade in dieser Zeit neue Mechanismen staatlicher Förderung entstanden, die auf den Grundsätzen der »neuen Industriepolitik« nach Dani Rodrik beruhen (siehe <https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/industrial-policy-twenty-first-century.pdf>).

Eines der Beispiele hierfür ist der »Fonds zur Entwicklung der Industrie«, der seit 2016/17 regelmäßig in Umfragen unter Mitgliedern des RSPP als ein effektiv funktionierendes »Entwicklungsinstitut« erwähnt wird.

Zudem ist zu erwähnen, dass die Unternehmensleitungen zur Erörterung der Ausgestaltung der Krisenbewältigungsmaßnahmen hinzugezogen wurden, sowohl direkt (im Falle von Großunternehmen), als auch über Unternehmensverbände. Dabei war bei gleichen Parametern der Gang durch die Coronapandemie in jenen Branchen leichter, in denen die Regierung im Dialog mit den Unternehmen stand. In den Worten eines/r Expert:in klang das so: »[...] wenn die Unternehmer:innen und Bürokrat:innen früher noch individuell und informell zusammenarbeiteten, so sind während Corona Mechanismen kollektiver Zusammenarbeit entstanden: Die CEOs der Firmen versuchten nicht, nur das eigene Unternehmen zu retten, sondern auch die Branche als Ganzes. Es gab auf WhatsApp bis dahin unerhörte Chats von Top-20-Unternehmern der Forbes-Liste... Der Kitt für diese Zusammenarbeit war eine äußere Gefahr, nämlich Corona«.

Diese Praxis wurde 2022 fortgesetzt. Nach Eindrücken von einem Arbeitstreffen mit Unternehmer:innen im Ministerium für Industrie und Handel Anfang 2023 unterstrich eine der teilnehmenden Expert:innen: »Die Unternehmen erbitten nicht Geld, sondern sprechen von langfristiger Finanzierung – und der Staat kommt ihnen entgegen... Das Akademiemitglied Polterowitsch hat 25 Jahre von Institutionen nachholender Entwicklung, indizierter Planung und Koordinierungsmechanismen im Sinne Dani Rodriks gesprochen und geschrieben. Es scheint, als würde das alles jetzt in der Praxis umgesetzt [...]«.

Der Gerechtigkeit halber muss man zugestehen, dass seinerzeit in Südkorea, Singapur und Taiwan eine solche konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmerschaft ebenfalls unter extremen Bedingungen zustande kam – als nämlich die Existenz des Staates auf dem Spiel stand. Und diese Krise war für die Unternehmen und die Regierung leichter durch eine Zusammenarbeit zu bewältigen. Die Transformation einer solchen Zusammenarbeit hin zu nachhaltig bestehenden Institutionen eines »Entwicklungsstaates« (developmental state) erfolgte in all diesen Ländern vor dem Hintergrund einer Einbindung ihrer Volkswirtschaften in die globale Arbeitsteilung und eines Eintritts der nationalen Unternehmen in externe Märkte. Dabei ermöglichte gerade der Umstand, dass die Ausrichtung auf Exporte in die Märkte entwickelter Länder als Indikator für die Wirksamkeit staatlicher Förderung betrachtet wurde, dass die negativen Folgen enger Kontakte zwischen Unternehmen und dem Staatsapparat begrenzt wurden, was in vielen Ländern sonst in Korruption gemündet

hätte. Der Unterschied zur heutigen Lage in Russland besteht darin, dass für russische Unternehmen der Weg auf die Märkte entwickelter Länder in beträchtlichem Maße versperrt ist, und dass sie auf dem chinesischen oder indischen Markt von niemandem groß erwartet werden.

Reaktion auf die Sanktionen als »berufliche Herausforderung«

In einigen Interviews mit Unternehmer:innen waren Äußerungen zu hören, in denen die »militärische Spezialoperation« unterstützt wurde. Sehr viel typischer jedoch war die Wahrnehmung, dass die Sanktionen eine Bedrohung darstellen, die die Unternehmen und das Geschäft der Befragten zerstören kann, wo doch Jahre aufgewendet wurden, sie aufzubauen und es zusammengewachsene Belegschaften (und die Verantwortung für sie), eine Reputation und eine Nische auf dem Markt gibt. Daher haben nicht nur die Eigentümer:innen, sondern auch die Manager:innen »sich festgebissen, um ihr Unternehmen zu retten«.

So ging es bei den IT-Chef:innen großer Organisationen um koordinierte Anstrengungen, damit die zuvor entwickelten IT-Systeme bewahrt werden. Gleichzeitig mussten sie den Übergang zu russischer Software gewährleisten, den Ankauf von Technologie organisieren und das Team zusammenhalten. Die Notwendigkeit, all diese Aufgaben schnell zu lösen, wurde von den Befragten als »berufliche Herausforderung« aufgefasst, die eine zusätzliche Motivation zur Überwindung der Folgen der Krise bildete. Eine/r der Befragten hob zudem hervor, dass der starke Stress von 2022 für die IT-Industrie Anreize schuf, zu neuen Geschäftsmodellen überzugehen.

Dabei ist zu betonen, wie sich die Stimmung der Befragten nach der »Teilmobilisierung« vom September 2022 verändert hat. Am Ende des Frühjahrs und im Frühsommer 2022 überwog das Gefühl, dass man sich zusammenreißen und versuchen müsse, die Probleme des Unternehmens angesichts der internationalen Sanktionen zu lösen; danach werde sich alles wieder normalisieren. Hierzu hatte auch die Informationspolitik des Kreml beigetragen. Nach der Mobilisierung stellte sich das Bewusstsein ein, dass der Krieg lang andauern wird und jetzt alle betrifft. Vor diesem Hintergrund zeigten sich bei Top-Manager:innen sehr viel häufiger Apathie oder ein »berufliches Burnout«, wie es eine/r der Befragten formulierte.

Unterschiede in den verschiedenen Segmenten

Alles oben Gesagte trifft im Großen und Ganzen auf die großen und mittleren Unternehmen zu. Sie hatten traditionell mehr Möglichkeiten einer Kommunikation mit dem Staat, sowohl einer direkten wie auch der über Unternehmensverbände. In vielen Branchen haben große Unternehmen das Jahr 2022 mit hohen Gewin-

nen abgeschlossen, und zwar nicht nur aufgrund der günstigen außenwirtschaftlichen Konjunktur, sondern auch, weil ausländische Unternehmen sich vom russischen Markt zurückzogen und auf dem Binnenmarkt für russische Produzenten Nischen frei wurden. Diese zusätzlichen Gewinne wurden auch deshalb möglich, weil die Preise in dieser Zeit stiegen, während die Kosten für die Unternehmen (vor allem Lohnkosten) sich nicht groß veränderten.

Bei den kleinen Unternehmen ist die Lage komplizierter. Hier sind die Ergebnisse einer formalisierten Umfrage bei 1.200 Mikro- und Kleinunternehmen kennzeichnend, die von der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) im Dezember 2022 für das »Institut für Industrie- und Marktanalysen« der Higher School of Economics durchgeführt wurde. Die Umfrage ergab, dass bei 20 Prozent der Befragten die Einnahmen 2022 gegenüber 2021 gestiegen, bei 35 Prozent gleichgeblieben, und bei 45 Prozent zurückgegangen sind. Dabei erging es folgenden Kategorien besser: kleine Unternehmen mit 15 oder mehr Mitarbeiter:innen (im Unterschied zu kleineren Unternehmen); Unternehmen, die in vier oder mehr Regionen tätig sind (anders als die, die in nur 1 – 2 Regionen arbeiten), und Unternehmen, die auf eine Nachfrage durch den Staat oder – in geringem Maße – durch Unternehmen setzen (anders als jene, bei denen die Bevölkerung der wichtigste Kunde ist).

Zu erwähnen sind auch die Unterschiede in Abhängigkeit vom Segment, auf das die Unternehmen ausgerichtet sind. Dies wird durch zwei Fälle aus dem Bereich der zahnmedizinischen Dienstleistungen recht deutlich. Beim ersten handelt es sich um ein größeres Netz von Kliniken, die auf die Mittelschicht ausgerichtet waren. Bereits im Frühjahr bekam das Netz eine stark sinkende Nachfrage zu spüren, im Sommer erfolgten dort erhebliche Gehaltskürzungen, worauf viele Mitarbeiter:innen kündigten. Beim zweiten Fall handelt es sich um eine Spitzenklinik, die sich auf komplizierte, teure Operationen konzentriert. Im März und April 2022 kaufte diese Klinik eilig Vorräte an Verbrauchsmaterialien und Bauteilen, um die nächsten 7 – 8 Monate reibungslos ihre Dienste anbieten zu können. Wegen des damaligen Devisenkurses wurden diese Ankäufe zu sehr hohen Preisen getätigt (was die Manager später bedauerten), doch sind all diese Ausgaben durch die anhaltend hohe Nachfrage nach den Leistungen der Klinik kompensiert worden. Allerdings hat sich die Kundschaft geändert: Waren es früher Top-Manager aus den Büros global agierender Unternehmen, die in Moskau arbeiteten, so sind es jetzt Beamte des Moskauer Bürgermeisteramtes.

Einige Schlussfolgerungen

Die wichtigsten Faktoren, warum die russische Wirtschaft erfolgreich durch das Jahr 2022 kam, sind ihr

marktwirtschaftlicher Charakter, der es den Firmen ermöglichte, sich an die radikale Veränderung der externen Bedingungen anzupassen, die Kompetenz des Wirtschaftsblocks der Regierung und dessen effektive Kommunikation mit den Unternehmen, sowie die hohen Einnahmen des Staatshaushalts und der großen Unternehmen, die als Faktor für eine Nachfragerhöhung eine Rolle spielen.

Als Zwischenergebnisse der Anpassung an die neuen Bedingungen sind zu nennen:

- Umorientierung bei den Einkäufen von Komponenten und Bauteilen in Richtung China und Indien: Die Produktionsprozesse werden bei verringerter Qualität und Effizienz aufrechterhalten.
- Wiederherstellung des Kreditvolumens; Kredite für Investitionen in den Aufbau neuer Produktionen, die die weggefallenen Lieferungen ersetzen.
- Beschleunigte Entwicklung russischer IT-Produkte
- Horizontale und vertikale Koordinierung (in der Logik eines *developmental state*).

Lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass sich die russische Wirtschaft erfolgreich an die neuen Bedingungen angepasst hat (in der Logik der Prognose des Finanzministeriums, die bereits für 2023 eine Zunahme des BIP um 0,3 % erwartet; siehe: <https://www.euronews.com/my-europe/2023/01/31/imf-improves-economic-forecast-for-the-eurozone-and-russia-amid-energy-crisis-and-raging-w>)? Berücksichtigt man die »substituierenden Investitionen« in die Entwicklung von IT-Produkten und in die Schaffung neuer Produktionen, könnte die Prognose des Finanzministeriums sich 2023 bewahrheiten. Allerdings ist auch die andere Seite der Medaille zu beachten. Russische Firmen konnten zwar 2022 zu chinesischen und türkischen Bauteilen übergehen, erleben aber bereits Probleme mit den Anlagen, und bei diesen Problemen ist keine Lösung in Sicht. Eine weitere Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse (was 2022 die vorrangige Aufgabe war) hängt von einer anhaltenden Nachfrage in der Wirtschaft ab. Und hier muss man sich vor Augen führen, dass die Nachfrage durch den Staat schrumpfen wird und Grundlagen für einen Anstieg der privaten Nachfrage nicht erkennbar sind. Mehr noch: Es zeichnet sich das Risiko einer makroökonomischen Destabilisierung aufgrund eines wachsenden Haushaltsdefizits ab.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist mit den Erwartungen verbunden. Der Beginn des Krieges war ein Schock, der bei sehr vielen eine panische Stimmung hervorrief, was sehr gut an der Lage auf dem Devisenmarkt abzulesen war. Unter diesen Umständen war das Vorgehen der Zentralbank zur Stabilisierung der Finanzmärkte nicht nur für das Bankensystem wichtig, sondern auch zur Stabilisierung der Stimmungen und Erwartungen in der Bevölkerung und bei den Unternehmen. Dann

wurden Maßnahmen zur staatlichen Förderung eingeleitet, es begann eine Rentenerhöhung, durch Parallelimporte pendelte sich die Anlieferung von Waren wieder ein und bei den Menschen stellte sich das Gefühl ein: »Ja, der Krieg ist sehr schlecht. Doch er ist weit weg. Und überhaupt ist das kein Krieg, sondern eine Spezialoperation, die uns nicht betrifft. Wir können weiterleben wie früher.« Das war zweifellos nur deshalb möglich, weil es dem Staat und den großen Unternehmen finanziell gut ging.

Die ganze Situation sorgte für das Gefühl, dass man weiterleben könne wie früher. Unsere Interviews im Frühjahr und Sommer 2022 haben gezeigt, dass viele Unternehmer davon ausgingen, dass es ja schon seit 2014 Sanktionen gab, dass man sie damals umging, dass man das jetzt auch irgendwie hinkriegen werde, und dass die westlichen Geschäftspartner sich ja auch ins Zeug legen müssen und trotzdem schon etwas liefern werden. Dabei zählte man angesichts der gestiegenen Zinssätze der Zentralbank auf ein Programm für vergünstigte Kredite (das tatsächlich umgehend aufgelegt wurde). Gleichzeitig zogen sich ausländische Unternehmen vom Markt zurück und es war klar – auch wenn ein Rückgang der Nachfrage erwartet wurde –, dass auf dem Markt Nischen frei würden. Etwa bei Möbeln, die natürlich kein Produkt des Primärbedarfs sind, und wo die Nachfrage schrumpfen wird. Aber »Ikea« ist abgezogen, und das sind 15 – 20 Prozent des Marktes – ein gutes Stück vom Kuchen, für das es sich zu kämpfen lohnt. Vereinzelt bestand bei Unternehmer:innen die Erwartung, dass sie beim Wiederaufbau der »befreiten Gebiete« beteiligt würden.

Bis zum September 2022 waren all diese Stimmungen insgesamt ein starker psychologischer Faktor, der unter anderem Auswirkungen auf den Konsum hatte, und auf die Investitionen (die für eine Anpassung an die neuen Bedingungen und die Besetzung der frei gewordenen Marktnischen notwendig waren). Die Mobilmachung vom September, zu der die Regierung mehrfach versprochen hatte, dass es sie nicht geben werde, bedeutete einen Umbruch. Nach dem 21. September wurden sich alle – sowohl auf der Ebene der Unternehmen wie auch in den regionalen Zivilverwaltungen – bewusst, dass dies jetzt auch ihr Krieg ist. Zudem war völlig unklar, wann und wie er enden würde. Das wird meiner Ansicht nach hinsichtlich der Erwartungen langfristig einen sehr starken negativen Faktor darstellen, dessen Auswirkungen wir 2023 sehen werden – zusammen mit einem Rückgang der Haushaltseinnahmen, einer zwangsweisen Gewinnabschöpfung bei großen Unternehmen, wachsenden Problemen bei der Anlieferung importierter Bauteile und einer schrumpfenden Nachfrage.

Wenden wir uns der Ausgangsfrage zu den standardmäßigen theoretischen Modellen und die auf ihnen

basierenden Vorhersagen über einen tiefen Einbruch der russischen Wirtschaft 2022 unter dem Druck der Sanktionen zu, die sich nicht bewahrheitet haben: Ja, es ist nicht das erste Mal, dass Russland die entstandenen Stereotype hinter sich lässt. Und bei einer Analyse der Realitäten in Russland müssen die verhaltensbezogenen Faktoren und die entwickelten Schutzreaktionen der wirtschaftlichen Akteure auf die ständigen Schocks in sehr viel höherem Maße berücksichtigt werden. Auf

längere Sicht hebt das alles aber nicht die sich aus der Theorie ergebende Schlussfolgerung auf, dass die russische Wirtschaft nach dem 24. Februar keine Entwicklungsaussichten hat. Und diese Sackgasse wird 2023 mit großer Wahrscheinlichkeit der Masse der Bevölkerung bewusst werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist Gastwissenschaftler am Davis Center für Russland- und Eurasienstudien an der Universität Harvard sowie leitender Forscher am Institut für Industrie- und Marktforschung der Higher School of Economics Moskau. Er ist einer der führenden russischen Expert:innen für Analysen der Politökonomie von Reformen, der Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen und der Industriepolitik. 2002 – 2003 war er Humboldt-Stipendiat und Gastwissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. 2017 erhielt er den Gaidar-Preis für Wirtschaft.

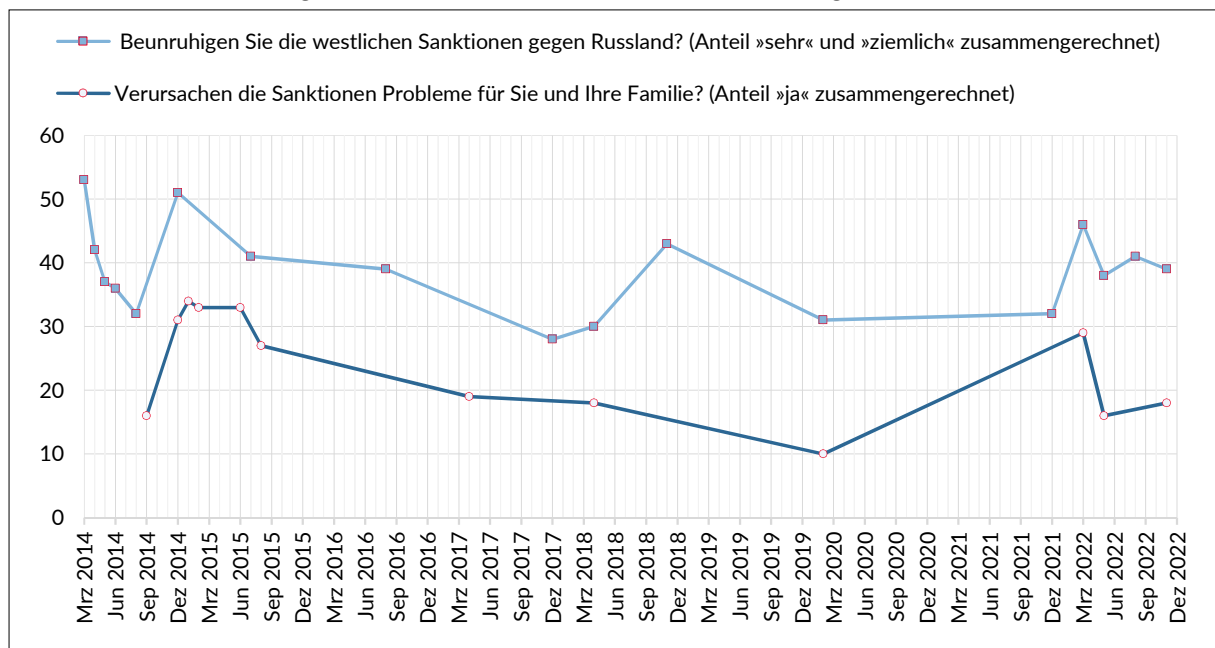
Lesetipp

- Gaddy, C.; B.W. Ickes: Russia's Virtual Economy, in: Foreign Affairs, 77.1998, Nr. 5, S. 53–67.

UMFRAGEN

Wahrnehmung von Sanktionen durch die russische Bevölkerung

Grafik 1: Wahrnehmung von Sanktionen durch die russische Bevölkerung



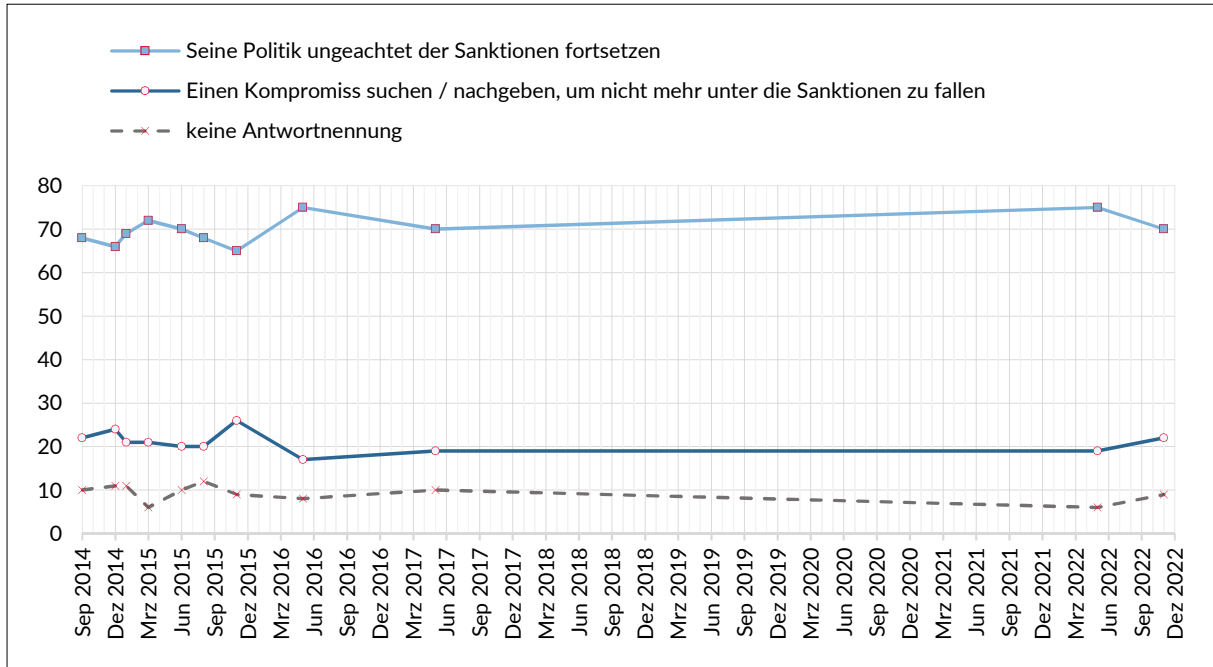
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von zuletzt 24. – 30.11.2022, veröffentlicht am 15.12.2022; <https://www.levada.ru/2022/12/15/obshhestvennoe-vospriyatie-sanktsij-zapada-noyabr-2022-goda/>. Die Rohdaten der Umfragen bis Mai 2022 sind frei zugänglich bei DiscussData: <https://doi.org/10.48320/FF4DAABD-BB92-4670-9FD0-8A43A7B644DE>.

Tabelle 1: Wahrnehmung von Sanktionen unter der russischen Bevölkerung

	Beunruhigen Sie die westlichen Sanktionen gegen Russland? (Anteil »sehr« und »ziemlich« zusammengerechnet)	Verursachen die Sanktionen Probleme für Sie und Ihre Familie? (Anteil »ja« zusammengerechnet)
März 2014	53	
April 2014	42	
Mai 2014	37	
Juni 2014	36	
August 2014	32	
September 2014		16
Dezember 2014	51	31
Januar 2015		34
Februar 2015		33
Juni 2015		33
Juli 2015	41	
August 2015		27
August 2016	39	
April 2017		19
Dezember 2017	28	
April 2018	30	18
November 2018	43	
Februar 2020	31	10
Dezember 2021	32	
März 2022	46	29
Mai 2022	38	16
August 2022	41	
November 2022	39	18

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von zuletzt 24. - 30.11.2022, veröffentlicht am 15.12.2022; <https://www.levada.ru/2022/12/15/obshhestvennoe-vospriyatie-sanktsij-zapada-noyabr-2022-goda/>. Die Rohdaten der Umfragen bis Mai 2022 sind frei zugänglich bei DiscussData: <https://doi.org/10.48320/FF4DAABD-BB92-4670-9FD0-8A43A7B644DE>.

Grafik 2: Wie sollte Ihrer Meinung nach Russland auf die Sanktionen des Westens reagieren? (in % der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von zuletzt 24. - 30.11.2022, veröffentlicht am 15.12.2022; <https://www.levada.ru/2022/12/15/obshhestvennoe-vospriyatie-sanktsij-zapada-noyabr-2022-goda/>.

Grafik 2: Wie sollte Ihrer Meinung nach Russland auf die Sanktionen des Westens reagieren? (in % der Befragten)

	Seine Politik ungeachtet der Sanktionen fortsetzen	Einen Kompromiss suchen / nachgeben, um nicht mehr unter die Sanktionen zu fallen	keine Antwortnennung
September 2014	68	22	10
Dezember 2014	66	24	11
Januar 2015	69	21	11
März 2015	72	21	6
Juni 2015	70	20	10
August 2015	68	20	12
November 2015	65	26	9
Mai 2016	75	17	8
Mai 2017	70	19	10
Mai 2022	75	19	6
November 2022	70	22	9

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums von zuletzt 24. - 30.11.2022, veröffentlicht am 15.12.2022; <https://www.levada.ru/2022/12/15/obshhestvennoe-vospriyatie-sanktsij-zapada-noyabr-2022-goda/>.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll, Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>